

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Ratsmitglieder,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Gäste im Ratssaal und auch zu Hause an den Bildschirmen,

Einstieg

Ein Haushalt einer Stadt ist mehr als die Summe seiner Einnahmen und Ausgaben.

Er ist ein Spiegel unserer Stadt. Er zeigt, welche Ziele wir verfolgen, welche Verpflichtungen wir eingegangen sind und welche Möglichkeiten uns bleiben. Und er zeigt auch, wie es um unsere finanzielle Lage steht. Er zeigt das wahre Gesicht: ungeschminkt und ungeschönt.

Der Blick in diesen Spiegel ist in diesem Jahr schwerer als je zuvor. Denn hinter den Zahlen steht eine ernste Realität. Unsere Ausgaben und unsere Einnahmen passen nicht zusammen. Unser Handlungsspielraum ist erheblich eingeschränkt. Noch deutlicher wird das im Haushaltssicherungskonzept. Es macht sichtbar, wie tiefgreifend unsere finanziellen Probleme sind und wie groß die Aufgabe ist, unseren Haushalt perspektivisch wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

Ich bin gegen Verschwendung und Größenwahn, die dazu beigetragen haben, dass wir in diese Situation geraten sind. Das ist der Grund, warum ich zur Wahl angetreten bin.

Ich hätte nie gedacht, dass ich einmal einen Haushalt einbringen muss, dessen langfristige Planung eine zeitweise bilanzielle Überschuldung unserer Stadt vorsieht. Das ist eine dramatische Perspektive. Und sie verlangt von uns, die finanzielle Wirklichkeit ohne Beschönigung auszusprechen.

Wir sind aktuell noch nicht überschuldet. Aber wir müssen auch die drohende Überschuldung in unserer Zehnjahresplanung offen ausweisen. Wir legen ein fortgeschriebenes Haushaltssicherungskonzept vor, das den Weg zum Haushaltsausgleich aufzeigt. Wir gehen davon aus, dass auf dieser Grundlage eine Haushaltsgenehmigung möglich ist. Die Entscheidung über die endgültige Ausgestaltung trifft selbstverständlich der Rat. Aber, meine Damen und Herren, so viel vorweg: Viel Spielraum können wir Ihnen dabei nicht gewähren.

Mein Vorgänger hat nach meiner Überzeugung nicht ehrlich genug in diesen Spiegel geschaut. Nicht auf die laufenden Kosten, nicht auf die Schulden und nicht auf die Frage, wie all das dauerhaft in der Zukunft bezahlt werden soll.

Und ganz deutlich kann ich Ihnen heute sagen: Es ist dramatisch. Die Kämmerin und ich haben gemeinsam mit zahlreichen Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung große Anstrengungen unternehmen müssen, um Ihnen heute überhaupt einen aus unserer Sicht genehmigungsfähigen Haushalt vorlegen zu können. Die Einzelheiten wird Ihnen gleich unsere Kämmerin Nina Richter erläutern.

Aber wie konnte es für Monheim am Rhein zu einer solchen Situation kommen?

Rückblick

Sie wissen, meine Arbeit als Bürgermeisterin begann am 1. November 2025 auch mit einer gründlichen Bestandsaufnahme. Eine solche Draufsicht war wichtig, um ein vollständiges Bild zu erhalten. Dieser Prozess ist bis heute nicht abgeschlossen. Noch immer beschäftigen uns Verträge und Verpflichtungen aus der Zeit vor meinem Amtsantritt. Manche konnten oder können wir rückabwickeln. Andere werden unsere Stadt noch lange belasten.

Noch im Oktober 2025 wurde unter meinem Amtsvorgänger ein Haushaltsentwurf für 2026 eingebracht. Zahlreiche Aufwendungen aus zuvor eingegangenen Verpflichtungen waren darin noch gar nicht vollständig berücksichtigt.

Ein Schattenhaushalt. Nicht von der Verwaltung aufgestellt, sondern entstanden durch Entscheidungen derjenigen, die im Oktober Verträge geschlossen haben, im Wissen, dass die Verwaltung dafür zusätzliche Mittel bereitstellen muss.

Ich frage Sie: Wie kann man seiner Stadt und ihren Bürgerinnen und Bürgern so etwas antun?

Die Zeche für solche Entscheidungen müssen heute die Bürgerinnen und Bürger bezahlen.

Das Planergebnis für 2026, das im Oktober 2025 eingebracht wurde, lag bei rund 103 Millionen Euro Defizit. Der später mit den neuen Mehrheiten beschlossene Haushalt für 2026 wies rund 110 Millionen Euro Defizit aus.

Jetzt könnte man meinen, der neue Haushalt sei schlechter geplant gewesen. Das Gegenteil ist der Fall. Zahlreiche Konsolidierungsmaßnahmen hatten wir bereits begonnen. Aber vertragliche Verpflichtungen müssen in einem Haushalt berücksichtigt werden, was sie vorher nicht wurden. Und auch die Einnahmeerwartungen mussten korrigiert werden. Das ist keine Frage des politischen Wunschs, sondern einer ordnungsgemäßen Haushaltsplanung.

Die Ausgabenpolitik wurde trotz der angespannten Lage bis zum letzten Tag der Amtszeit fortgeführt. Für Projekte und Dienstleistungen, deren Sinn für die Bürgerschaft zumindest hinterfragt werden darf, wurden weitere Verpflichtungen eingegangen.

Nehmen Sie das Beispiel Mack-Pyramide. Bei diesem zunächst mit knapp 50 Millionen Euro kalkulierten Projekt wurden zusätzliche Verpflichtungen eingegangen. Schon heute steht fest, dass es deutlich teurer wird als ursprünglich geplant. Allein rund fünf Millionen Euro für die Gebäudetechnik waren in der früheren Kalkulation nicht berücksichtigt. Über den aktuellen Sachstand, die weiteren Kostenrisiken und unser Bemühen um ein tragfähiges Betreiberkonzept habe ich im Rat bereits berichtet. Und da bin ich noch nicht bei der späteren Bewirtschaftung dieses Millionengrabs.

Ein weiteres Beispiel: das Blaue Band. Noch kurz vor meiner Amtseinführung wurde ein Vertrag geschlossen, der zusätzliche Kosten von mehr als einer Million Euro auslöste. Auch die Betriebskosten waren nicht ausreichend berücksichtigt. Wir haben dieses Vorhaben gestoppt. Ja, der Ausstieg verursacht zunächst Aufwand. Aber erlauben Sie mir den Hinweis, dass wir damit nach den vorliegenden Berechnungen rund neun Millionen Euro an künftigen Kosten vermeiden.



Beispielhaft auch der Vertrag mit dem Künstler Mischa Kuball. Hier mussten für 2026 weitere 144.000 Euro berücksichtigt werden.

Es war in der Vergangenheit üblich, für immer neue Projekte letztlich die Bürgerinnen und Bürger zusätzlich zu belasten, statt sich einzugestehen, dass die Ausgabenseite längst nicht mehr zu den deutlich zurückgegangenen Einnahmen passt. Trotz zahlreicher Warnungen wurde weitergemacht. Mit dem Kopf durch die Wand.

Dazu kam ein Optimismus auf der Ertragsseite, den ich nicht teilen kann. Bei der Gewerbesteuer wurde auf eine rasche Erholung gesetzt, obwohl der Einbruch der Einnahmen bereits seit 2024 bekannt war. Die Erwartungen mussten für 2026 deutlich korrigiert werden. Das war aus meiner Sicht ein Gewerbesteuer-Luftschloss – nicht weil die Verwaltung die Zahlen nicht ordnungsgemäß aufgestellt hätte, sondern weil die politische Ausgabenplanung zu sehr auf eine erhoffte Erholung setzte.

Unterjährig musste am 19. Juni eine Haushaltssperre verhängt werden. Für 2026 hatte die Stadt Monheim am Rhein in der beschlossenen Planung rund 140 Millionen Euro Gewerbesteuerereinnahmen veranschlagt. Schon zehn Millionen Euro weniger als bei der Einbringung des ersten Entwurfs. Und nach aktuellem Stand werden wir nicht einmal diese Summe erreichen. Deshalb bleibt die Haushaltssperre bis zum Jahresende bestehen.

Nochmals kurz zur Gewerbesteuer: Auf der einen Seite wird behauptet, die Gewerbesteuerereinnahmen ließen sich ganz einfach wieder steigern, wenn ich mich als Bürgermeisterin „nur einfach mal ordentlich um die Wirtschaft kümmern würde“.

Erlauben Sie mir die Frage: Wenn es so einfach ist, diese Erträge zurückzuholen, warum hat mein Vorgänger dies nicht schon 2024 in seiner Amtszeit selbst getan? Warum wurde dann die Grundsteuer verdreifacht?

Danke dafür!

Sie kennen diesen Satz. In Monheim am Rhein begegnet er uns seit Jahren, vor allem in den sozialen Netzwerken. Ursprünglich war er als Selbstlob gemeint. Inzwischen hat er eine völlig andere Bedeutung bekommen.

Ja, in den vergangenen Jahren ist vieles entstanden, was unsere Stadt vorangebracht hat. Aber zu einer ehrlichen Bilanz gehört eben auch, welche finanziellen Verpflichtungen uns hinterlassen wurden.

Wenn zugleich darauf verwiesen wird, die Wirtschaft schwäche deutschlandweit und europaweit, und daraus gefolgert wird, Monheim am Rhein habe ausschließlich ein Einnahmeproblem, dann greift auch das zu kurz.

Denn selbst als Monheim am Rhein über außergewöhnlich hohe Einnahmen verfügte, waren ausgeglichene Haushalte zuletzt keineswegs selbstverständlich. Es ist eben auch eine Frage dessen, was wir dauerhaft ausgeben.

Die Monheimerinnen und Monheimer lassen sich nicht für dumm verkaufen. Sie haben verstanden, dass Investitionen in unsere Stadt gut und wichtig sind: in Schulen und Kitas, in Straßen und unsere Infrastruktur. Aber sie sind nicht bereit, jede Grundsteuererhöhung für eine Mack-Pyramide oder eine Marina am Greisbachsee hinzunehmen. Trotz zahlreicher



Hinweise wurde weiter Geld ausgegeben, das längst nicht mehr in dieser Größenordnung zur Verfügung stand.

Und jetzt muss ich den Bürgerinnen und Bürgern erklären, warum die finanziellen Möglichkeiten unserer Stadt so stark eingeschränkt sind. Jetzt muss ich die Verantwortung dafür übernehmen, dass Monheim am Rhein sich unter der früheren Peto-Führung mit Großprojekten und Ausgaben aus meiner Sicht völlig verhaben hat.

Dazu bin ich bereit. Ich wusste, dass diese Mammutaufgabe auf mich, auf uns und auf die Bürgerinnen und Bürger zukommen würde. Aber das tatsächliche Ausmaß hat mich trotzdem erschrocken.

Konsolidierung

Ich habe deutlich gemacht: Sparen ist nicht sexy und macht keine Freude. Es ist leichter, Geld auszugeben, als den Bürgerinnen und Bürgern reinen Wein einzuschenken und deutlich zu machen: Das Ende der Fahnenstange ist erreicht. Wir können uns einfach nicht mehr alles leisten.

Wir müssen deshalb alle Ausgaben auf ihre Notwendigkeit prüfen. Und wir müssen uns von manchen liebgewonnenen Projekten und Angeboten verabschieden, in jedem Bereich, in dem die Stadt Geld ausgibt. Daran arbeiten wir seit Monaten.

Ich hatte gehofft und in meinem Wahlprogramm verankert, den Menschen in Monheim am Rhein nach der enormen Belastung durch die gestiegene Grundsteuer perspektivisch etwas zurückgeben zu können: die Grundsteuer B zu reduzieren und keine Kita-Gebühren einzuführen.

Bei einem ehrlichen Blick in den Spiegel des Haushalts muss ich sagen: Unter den gegenwärtigen finanziellen Bedingungen kann ich diese Zusagen nicht einlösen. Nicht jetzt. Und bevor der Vorwurf gebrochener Wahlversprechen kommt: Es steht um den Monheimer Haushalt schlimmer, als ich persönlich erwartet habe. Und glauben Sie mir, ich habe bereits 21 Jahre Erfahrung mit Haushaltskonsolidierung gesammelt.

In allen Bereichen der Verwaltung wurde nach Einsparmöglichkeiten gesucht. Freiwillige Leistungen werden eingeschränkt, Projekte verschoben oder aufgegeben. Unsere Tochterunternehmen sind stärker denn je gefordert, durch einen wirtschaftlichen Betrieb ihren Beitrag zu leisten.

Und weil all das noch nicht reicht, müssen wir zusätzliche Einnahmen einplanen. Erstmals wollen wir in Monheim am Rhein eine Übernachtungssteuer und eine Zweitwohnungssteuer erheben. Hinzu kommen künftig Elternbeiträge für die Kindertagesbetreuung. Das sind Entscheidungen, die mir persönlich sehr schwerfallen. Aber ich möchte sie Ihnen und den Monheimerinnen und Monheimern ehrlich erklären.

Meine Aufgabe ist es nicht, Ihnen alles Blaue vom Himmel zu versprechen. Die Aufgabe der von mir geführten Verwaltung und dieses Stadtrats ist es jetzt vor allem, das Wichtige zu erhalten und Neues nur dann zu beginnen, wenn wir es verantworten können. Dazu gehört eine funktionierende Infrastruktur ebenso wie eine starke Wirtschaft, gute Bildung und ein verlässliches soziales Miteinander.

Ich weiß, was wir damit nicht nur den Bürgerinnen und Bürgern, sondern auch unseren Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung abverlangen. Deshalb danke ich ausdrücklich



allen, die in den vergangenen Monaten an diesem Haushalt und an den Konsolidierungsvorschlägen gearbeitet haben: unserem Verwaltungsvorstand, den Geschäftsführungen unserer Tochterunternehmen, den Führungskräften und den Beschäftigten in allen Bereichen.

Mein besonderer Dank gilt unserer Kämmerin Nina Richter, unserem Finanzbereichsleiter Guido Krämer und dem gesamten Team. Sie haben unter großem Zeitdruck und unter schwierigen Bedingungen die Grundlagen für den heute hier eingebrachten Haushalt geschaffen.

Ich danke auch allen, die sich an unserer Abfrage zu Einsparmöglichkeiten und zusätzlichen Einnahmen beteiligt haben. Mehr als 400 Vorschläge zeigen, wie viele Menschen sich Gedanken um die Zukunft unserer Stadt machen. Nicht jeder Vorschlag wird umsetzbar sein. Und die Verantwortung für die Entscheidungen können wir nicht auf die Bürgerschaft übertragen. Sie liegt bei uns.

Ich betone das ausdrücklich: Sie liegt bei allen Mitgliedern dieses Rates. Die Verantwortung für Entscheidungen der Vergangenheit ist das eine, die gemeinsame Verantwortung für die Zukunft das andere. Deren Gestaltung wird uns nach meiner Überzeugung am besten gelingen, wenn wir uns nicht allein in politischen Grabenkämpfen erschöpfen, sondern mehr denn je und bei wirklich jeder Ausgabe fragen, ob sie notwendig und dauerhaft finanzierbar ist.

Zukunft

Was bedeutet all das für die Zukunft unserer Stadt?

Wir werden uns wieder stärker auf das konzentrieren müssen, was eine Stadt für ihre Bürgerinnen und Bürger verlässlich leisten muss: auf eine funktionierende Infrastruktur, gute Bildung, soziale Angebote und die Stärkung unserer Wirtschaft als Grundlage kommunaler Einnahmen. Das heißt nicht, dass Monheim am Rhein stillsteht.

Bildung hat weiterhin Vorrang. Deshalb bleiben wichtige Schulbauvorhaben im Haushalt, darunter die Lerche, das Otto-Hahn-Gymnasium und die Hermann-Gmeiner-Schule. Auch für Kinder, Jugendliche und Familien bleiben wir da: mit unseren Mo.Ki-Cafés, dem Haus der Jugend und dem Jugendklub Baumberg, mit Kindertagesstätten, Spielplätzen und einem starken Kinderschutz.

Wir werden die Stadtentwicklung fortsetzen, allerdings mit einem anderen Tempo und mit einem genaueren Blick auf die Kosten. Für den Ernst-Reuter-Platz wollen wir die planerischen Grundlagen schaffen, um das Berliner Viertel weiterzuentwickeln und Fördermittel nutzen zu können. Ob und wann wir die nächsten Schritte gehen können, hängt von den verfügbaren Mitteln und den Haushaltsentscheidungen ab. Auch die Planungen für neuen Wohnraum in Monheim und Baumberg gehen weiter.

Kultur und kulturelle Bildung gehören weiterhin zu unserer Stadt. Die Kunstschule, die Bibliothek, das Ulla-Hahn-Haus und das Sojus 7 werden Angebote erhalten, wenn auch zum Teil mit veränderten Bedingungen. Das gilt ebenso für die Musikschule: Ein großer Teil des Angebots bleibt bestehen, aber mit weniger Unterrichtsplätzen und höheren Gebühren. Wir müssen auch hier ehrlich sein.



Natürlich sorgen wir weiter für sichere Straßen, funktionierende Entwässerung, gepflegte öffentliche Räume und den Hochwasserschutz. Das sind Selbstverständlichkeiten einer funktionierenden Stadt. Aber sie kosten Geld, und wir müssen auch hier Prioritäten setzen. Vielleicht ist es nach den vielen gleichzeitigen Baustellen der letzten Jahre ja auch einmal ganz schön, wenn eine Straße einfach fertig ist und man sie tatsächlich benutzen kann. Wir werden also im wahrsten Sinne des Wortes neue Wege öffnen und gemeinsam genießen können.

Monheim am Rhein hat viel, worauf wir bauen können. Wir haben engagierte Menschen, Unternehmen, die unserem Standort verbunden sind, gute Einrichtungen und eine Verwaltung, die sich dieser Aufgabe stellt. Wir müssen nicht alles aufgeben, was unsere Stadt ausmacht. Aber wir müssen wieder lernen, zwischen dem Wünschenswerten und dem Finanzierbaren zu unterscheiden.

Zu Beginn habe ich gesagt: Der Haushalt ist ein Spiegel unserer Stadt. Heute zeigt uns dieser Spiegel eine Wirklichkeit, die wir uns wahrscheinlich alle anders gewünscht hätten. Ich will, dass wir trotzdem hinsehen. Dass wir nichts beschönigen. Und dass wir die Entscheidungen treffen, die notwendig sind, damit wir unsere Stadt auch in Zukunft gestalten können. Und damit wir auch in ein paar Jahren beim Blick in den Spiegel sagen können: Wir haben alles getan.

Als Bürgermeisterin stelle ich mich dieser Verantwortung. Ich bitte Sie alle, das ebenfalls zu tun.

Vielen Dank.

